

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Postzeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Werbungsspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einm. Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post 2.- Mark ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72206
Volksredaktion Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 72206

Anzeigenpreise: Die Oneinst. Kolonelle 30 G. Pfg., bei Monatschrift 35 G. Pfg. Familiennachrichten von Privaten die Oneinst. Kolonelle 15 G. Pfg., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die Oneinst. Kolonelle 35 G. Pfg., bei Monatschrift 40 G. Pfg., Reklamezeile 1.75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweizeidhäfte und alle Postanstalten entgegen

Was geht hinter den Kulissen vor?

Höpfer-Nachhoff preußischer Ministerpräsident

Erster Wahlgang.		Zweiter Wahlgang:	
Abgegebene Stimmen	436	Abgegebene Stimmen	435
Davon ungültig	6	Davon unbeschrieben	2
Absolute Mehrheit	216	Auf Pleck entfielen	43
Es erhielten:		Gültige Stimmen	390
Höpfer-Nachhoff (Demokrat)	211	Absolute Mehrheit	196
Peters (Rechtsparteien)	176	Es erhielten:	
Pleck (Kommunist)	43	Höpfer-Nachhoff	213
		Peters	177

Demzufolge wurde der Demokrat Höpfer-Nachhoff mit den Stimmen der Weimarer Koalition zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt. Eine Überraschung für das ganze Reich. Die sämtlichen Berliner Abendblätter, der Vorwärts ausgenommen, der wohl rechtzeitig Wind erhielt, meldeten bereits die Wiederwahl des früheren preußischen Ministerpräsidenten, des Genossen Otto Braun. Das Abendblatt der Vossischen Zeitung — sämtliche Berliner Abendblätter erschienen gegen 4 Uhr nachmittags — meldete über zwei Spalten Breite das voraussichtliche Ergebnis der Wahl. Um 6 Uhr 50 wurde das Resultat des zweiten Wahlganges im Landtage verkündet und es ergab sich, daß alle die felnen Klauen der Berliner Journalisten schmächtig getäuscht worden waren. Was hatte sich zugetragen?

Die Vossische Zeitung berichtete in diesen Letztern: Im preußischen Landtage trat heute mittag der interfraktionelle Ausschuss der Weimarer Koalitionsparteien zusammen. Man kam überein, die bis 2 Uhr angelegte Sitzung erst um 5 Uhr beginnen zu lassen und dann die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die Führer des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten beschloßen, als Kandidaten den früheren preußischen Ministerpräsidenten, den sozialdemokratischen Abgeordneten Braun, anzukommen, der, wenn nicht schon im ersten Wahlgange, sicher im zweiten Wahlgange gewählt werden wird. Die endgültige Entscheidung des Zentrums steht allerdings noch aus.

Diese Kunde durchlief mit Windeseile sämtliche Räume des Reichstages, und ganz Berlin horchte auf, als plötzlich der Präsidentschaftskandidat der Sozialdemokratie — die nach dem Zeugnis aller Blätter ein glänzendes Wahlergebnis aber, wie die Vossische Zeitung schreibt, einen „imponierenden Stimmengewinn zu buchen hatte — erneut als Anwärter für den preußischen Ministerpräsidenten genannt wurde. Genosse Braun befand sich im Reichstag, und er schien auch mit einiger Sicherheit damit zu rechnen, daß die Darstellungen der gesamten Abendpresse dem vermeintlichen Lauf der Dinge entsprechen werden. Und trotzdem die Wahl des Demokraten Höpfer-Nachhoff an Stelle Otto Brauns.

Schon aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß irgend etwas nicht stimmen kann. Zunächst die Frage, wer die Unterhändler, die diesen feinen Plan ausgeheckt hatten, dazu berechtigte, kurzerhand, ohne die maßgeblichen Parteinstanzen zu befragen, über das weitere Geschick des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten zu befinden. Wir deuteten bereits an, daß irgendein Kuhhandel im Gange sei. Schon gestern morgen raunte es geheimnisvoll im Berliner Blätterwalde, daß Otto Braun preußischer Ministerpräsident werde, wogegen die Sozialdemokratie ihre acht Millionen für die Kandidatur Dr. Marx abkommandieren solle. Und daß dieser Plan nicht über Nacht ausgeheckt wurde, ergab sich dem Kundigen mit aller Sicherheit aus der Haltung des Vorwärts, dem der große Erfolg der Sozialdemokratischen Partei anscheinend nicht völlig in den Streifen passte. Jedenfalls war er bestrebt, seinen „staatsmännischen“ Leistungen die Glorie zuzufügen, sich selbst zu übertreffen, obwohl er leider manchmal danebengehauen hat. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei schrieb schon in der ersten Nummer nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses so klug und so weise, daß uns vor der „Gottähnlichkeit“ der dort stehenden „Staatsmänner“ bange wurde.

Von sämtlichen Berliner Zeitungen, ohne Unterschied der Partei, wurde anerkannt, daß der Verzicht der Sozialdemokratie auf die eigene Kandidatur eine außerordentlich starke Anforderung bedeute. Und die Vossische Zeitung, die ob des Kuhhandels bereits frohlockte, hatte den richtigen Ton getroffen, als sie im Anschluß an die vorstehende Meldung schrieb:

Die Ausstellung Brauns steht in engem Zusammenhange mit den Bestrebungen, einen Volksblock für die Präsidentschaftswahl zu schaffen. Aus der Haltung der sozialdemokratischen Presse ist es deutlich geworden, daß die Sozialdemokraten heret sind, das Interesse der Republik über das der eigenen Partei zu stellen. Wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt worden ist, hat man doch zwischen den Zeilen der Kritik des Vorwärts lesen können, daß die Sozialdemokratie unter Umständen sich dazu verstehen würde, trotz ihres imponierenden Stimmengewinns am 29. März einer Sammelkandidatur Marx auszusprechen. Es ist klar, daß ein solcher Entschluß der Sozial-

demokraten, der vom Parteistandpunkt aus ein beträchtliches Opfer darstellt, erheblich erleichtert würde, wenn Otto Braun durch die Parteien der Weimarer Koalition in Preußen wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wird. Durch diese Wahl würde die Persönlichkeit Otto Brauns aus dem Wettbewerb um die Reichspräsidentschaft von selbst ausscheiden.

Die Tante Bosh bestätigt damit nur, was sich inzwischen zugetragen hatte. Sie glaubte sich berechtigt, noch vor den Entscheidungen der Zentralinstanzen, die, wie der Vorwärts meldet, kommenden Donnerstag herbeigeführt werden sollen, dem ebenso großmütigen, wie „staatsmännischen“ Verzicht der Sozialdemokratischen Partei rühmen zu müssen. Und trotzdem wurde Höpfer-Nachhoff, der Demokrat, nicht Otto Braun, gewählt. Was hatte sich ereignet?

Darüber scheint der Tag in seiner Nachtausgabe, ebenso der Berliner Lokalanzeiger einigen Aufschluß zu bringen. Uns ist bekannt, daß die Fraktionsführungen, die am gestrigen Vormittag im preußischen Landtage stattfanden, keine endgültige Entscheidung gebracht hatten. Das Zentrum vermochte sich noch nicht definitiv zu erklären. Es verwies auf

die Sitzung des Reichsparteivorstandes, der am Nachmittags 10 Uhr, und der tatsächlich einstimmig die Sonderkandidatur Dr. Marx für die Reichspräsidentschaft nominierte. Im Laufe des Nachmittags trat die Sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses erneut zusammen, um den Entscheid der Zentrumsparlei entgegenzunehmen. Wie der Tag andeutet, müssen sich zwischen vormittags 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr wichtige Vorgänge im Zentrum ereignet haben. Er berichtet von „erheblichen Widerständen“, die sich inzwischen im Lager des Zentrums geltend machten, und die vom rechten agrarischen Flügel getragen seien. Gleichzeitig verwies der Lokalanzeiger auf merkwürdige Ausführungen, die in der Germania, dem Zentralorgan der Zentrumsparlei, zu finden waren. Er kommentierte sie, schließlich nicht mit Unrecht, in folgenden Worten:

Der tiefe Grund, weswegen das Zentrum den bisherigen Verhandlungen zu einer bürgerlichen Sammelkandidatur widerstanden habe, liegt der Ausland, daß in dem Bezirk allein des „nationalen Lagers“ die Abstimmung mit dem Kaiserzeichen der internationalen Staatsfeindlichkeit für alle anderen liege, und daß nur das Zentrum einen solchen bürgerlichen Sammelkandidaten stellen könnte. Die bisher so warm geliebte SPD, wird mit der Theorie vom kleineren Übel, das für sie ein Mann wie Marx gegenüber einem Manne wie Jarres bedeuten müßte, etwas frohlich abgesehen, und im übrigen nur noch die sehr überraschende Entdeckung gemacht, daß das Konfessionelle für das Rheinland und den Süden des Reiches so gut wie keine Rolle spiele.

Was also hat sich zugetragen, daß der Kuhhandel, der bereits geföhrt schien, in die Brüche ging? Nach dem obigen Stimmverhältnis hatte Höpfer-Nachhoff im zweiten Wahlgange eine Mehrheit von 17 Stimmen erhalten. In einem der letzten Wahlgänge wurde das preußische Kabinett durch vier dissidierende Zentrumstimmen gestürzt. Nach der gestrigen Bezeugung des Abgeordnetenhauses hätten diese nicht genügt, um die Wahl Brauns zu verhindern. Demzufolge muß

Für die sozialistische Sammelkandidatur

Stimmen der Parteipresse.

Beckstimmte Mannheim.

Steht aber das Problem so, daß es gilt, einen Kandidaten aufzustellen, der ein Sammelbeden nicht bloß der gemeinschaftlichen Parolen, sondern vor allem möglichst aller republikanischen Wähler zu sein am ehesten vereinigen kann, der zugleich am stärksten und reinsten den republikanischen Gedanken in sich repräsentiert, so stehen wir ebenjowenig an, offen zu erklären, daß in unseren Augen heute wie gestern Otto Braun vor allen bisher genannten anderen Namen am meisten die Ehreung zu haben scheint, ein wahrhaft republikanischer Präsidentschaftskandidat und der Magnet für die Wähler zu sein. ... Deshalb halten wir es nicht nur für selbstverständlich, sondern sind auch gewiß, daß bei den wohl schon in den nächsten Tagen einsetzenden interfraktionellen Besprechungen unsere Unterhändler nichts unversucht lassen werden, Otto Brauns republikanische Einzelkandidatur durchzusetzen. Sie wäre die beste Lösung nach jeder Seite hin und die sicherste obenbein.

Volksbote Gießen.

Wir wollen weitere Worte darüber nicht verlieren, weil wir unsere Meinung für eine Selbstverständlichkeit halten. Für die Sozialdemokratische Partei darf es jetzt nur einen Weg geben: Otto Braun muß der Kandidat aller Republikaner für den zweiten Wahlgang sein! Für diesen Fall würden unsere Parteigenossen dann doch zeigen, daß die Leistungen, die sie zum 29. März vollbracht haben, ein Kinderpiel sein werden gegenüber denen zum restlosen Siege Otto Brauns.

Volksbote Jena.

Wer soll nun der Auserwählte der Republikaner sein? Aus prinzipiellen Gründen verlangt die Parteigenossenschaft das Festhalten an der Kandidatur Braun.

Eisenacher Volkszeitung.

Aber das republikanisch-demokratische Bürgerium muß Farbe bekennen, es muß sich für den Kandidaten des arbeitenden Volkes entscheiden. Die Sozialdemokratie hat doppelt, sozial Sitimmen, als die anderen republikanischen Parteien zusammen und die werktätigen Massen haben den Anspruch darauf, den Mann ihres Vertrauens zu verlangen.

Volksstimme Chemnitz.

Dieser Wahlgang hat erneut bewiesen, daß die Sozialdemokratie die weitaus stärkste republikanische Partei ist. Daß sie es nicht nur ziffernmäßig ist, sondern daß die acht Millionen Sozialdemokraten das Rückgrat dieser deutschen Republik, an der uns so manches nicht gefällt, sind, diese Tatsache braucht nicht erneut betont zu werden. Gerade darum und aus den vorher angeführten Gründen aber hat die Sozialdemokratie keine Veranlassung, bei dem kommenden zweiten Wahlgang Konzessionen zu machen.

Volkszeitung Plauen.

Demn daran wird doch niemand denken, etwa der Sozialdemokratie mit ihren acht Millionen Wählern zugunsten, abzugeben

und den Kandidaten einer Partei zu wählen, die nicht einmal die Hälfte dieser Wähler im Lande anzuzweifen hat. Es ist, wenn man einmal rein rechnerisch diese Frage betrachtet will, doch viel leichter, die vier Millionen Wähler für die Partei der acht Millionen an die Urne zu bringen, als die acht Millionen für eine Partei der vier Millionen Wähler.

Volkszeitung Dortmund.

Wie die verantwortlichen Instanzen der Sozialdemokratie sich entscheiden, das steht noch aus. Daß die Sozialdemokratie sich für eine republikanische Sammelkandidatur einsetzen wird, das steht aber wohl außer Frage. Nicht aber, daß dabei Braun ohne weiteres ausscheidet und Marx ohne weiteres in Frage kommt. Und außerdem, neben diesen beiden Möglichkeiten gibt es auch noch eine dritte.

Die Dinge liegen nicht so, daß die Sozialdemokratie einfach tun muß, was andere wollen. Man wird auch auf ihre Wünsche hören müssen. Und nur so viel steht fest, ist bei den bürgerlichen republikanischen Parteien Willen zur Einigkeit und zum Einvernehmen mit der Sozialdemokratie, dann wird ein Einvernehmen auch erzielt werden, und dann ist die Niederlage des Reichsblocks besiegelt.

Volkszeitung Königsberg.

Der sozialdemokratische Kandidat Otto Braun hat das größte Vertrauensvotum erhalten. Wer ehrlich zur Republik und ihren Farben hält und das deutsche Volk lieb hat, wird auch im neuen Wahlgang nur diesem Manne seine Stimme geben. Auch am 26. April gilt die Parole: Alle Stimmen für Otto Braun!

Ostthüringer Telbüne, Gera.

In der Geschlossenheit und Aktivität der Sozialdemokratie haben wir nach allen Erfahrungen eine bessere Bürgerschaft für den Bestand der Republik, als in irgendwelchen verfehlten Vereinbarungen mit unsicheren Kantonsisten. Die Sozialdemokratie erweist nicht damit, daß sie als weitaus stärkste republikanische Partei bescheiden verzichtet, der Republik einen Dienst, sondern nur dann, wenn sie unter eigenem Banner kämpft und ihre Millionenfront weiter kämpft!

Mährische Freie Presse, Kaiserofautern.

Der einzig mögliche Sammelkandidat ist nach dem Stimm-ergebnis vom Sonntag Otto Braun.

Volksblatt Zwickau.

Wer die Republik nicht durch den Landesverräter Jarres auf dem Stuhle Eberts verunzieren will, wird am 26. April Otto Braun wählen und es ist noch mehr fraglich, ob der nicht noch das Rennen macht. Wenn aber nicht, dann wird die Arbeiterschaft auch die Jarreszeit überwinden. Sie hat in Sachsen auch den Oktober und November 1923 überstanden und sie wird auch mit Jarres fertig werden.

Westpreuss. Keilingshausen.

Die Parteinteressen haben nach Möglichkeit zu schweigen. Aber darauf sehen wir uns veranlaßt hinzuweisen, daß Otto Braun die bei weitem meisten Stimmen erhalten hat und daß er uns als der gegebene Mann erscheint.